

Schriften zum Wirtschaftsrecht

---

Band 266

# Bankenbeihilfen im Zuge der Finanzkrise

Von

Corinna Bringmann



Duncker & Humblot · Berlin

CORINNA BRINGMANN

Bankenbeihilfen im Zuge der Finanzkrise

Schriften zum Wirtschaftsrecht

Band 266

# Bankenbeihilfen im Zuge der Finanzkrise

Von

Corinna Bringmann



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät  
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat diese Arbeit  
im Jahre 2014 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2015 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin  
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0582-026X  
ISBN 978-3-428-14514-0 (Print)  
ISBN 978-3-428-54514-8 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-84514-9 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2013/2014 von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand von Juli 2014.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Daniel Zimmer, LL.M., der die Arbeit thematisch angeregt und in vielfältiger Weise unterstützt hat.

Für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens bin ich Herrn Professor Dr. Christian Koenig, LL.M., verbunden.

Entstanden ist die Arbeit während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht. Für die freundschaftliche und herzliche Atmosphäre am Lehrstuhl möchte ich dem gesamten Lehrstuhlteam, insbesondere Julian Dompke und Elisabeth Neuser, danken. Für die Korrektur dieser Arbeit und wertvolle Anmerkungen bin ich Christian Strothotte zu Dank verpflichtet.

Danken möchte ich auch Jessica Jöbges, Ina Lutz, Christina Reipen, Daniel Stölting und Antje Thielen für ihre Freundschaft und die Unterstützung in allen Lebenslagen.

Den größten Dank schulde ich meinen Eltern. Ohne ihre fortwährende sowohl moralische als auch finanzielle Unterstützung und Geduld während meines Studiums wäre diese Arbeit nicht entstanden. Ihnen ist die Arbeit gewidmet.

Bonn, im November 2014

*Corinna Bringmann*





## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung</b> .....	15
<b>B. Die Beihilferegeln nach Art. 107 ff. AEUV</b> .....	18
<b>C. Entwicklung der Bewertungsmaßstäbe für Bankenbeihilfen</b> .....	20
I. Traditioneller Ansatz vor der Finanzkrise: Leitlinien zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten .....	20
II. Erste Phase der Krise: Anwendung der R&U-Leitlinien .....	22
III. Zweite Phase der Krise: Eignungsdefizite der R&U-Leitlinien .....	23
1. Veränderte Interessenlage .....	24
2. Rettung einzelner Unternehmen .....	25
3. Unternehmen in Schwierigkeiten .....	25
4. One Time, Last Time-Prinzip .....	26
5. Restriktionen hinsichtlich struktureller Maßnahmen .....	28
6. Zeitliche Begrenzung der Rettungsbeihilfen .....	31
7. Erfordernis eines Umstrukturierungsplans .....	32
8. Beschränkte Dauer der Umstrukturierungsperiode .....	32
9. Erheblicher Eigenbeitrag .....	33
10. Verfahrensdauer .....	34
IV. Dritte Phase der Krise: Die Kommissionsmitteilungen .....	34
1. Rechtsgrundlage für Beihilfen zur Bewältigung der Finanzkrise .....	35
a) Ziele der Beihilfeaufsicht gemäß Art. 107 ff. AEUV .....	36
aa) Unverfälschter Wettbewerb als Schutzzweck .....	36
bb) Berücksichtigung außerwettbewerblicher Zielsetzungen im Rahmen der Beihilfeaufsicht .....	38
b) Art. 107 Abs. 2 lit. b Var. 2 AEUV: Katastrophenbeihilfen .....	43
c) Art. 107 Abs. 3 lit. b Var. 2 AEUV: Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaates .....	46
d) Anwendung des Art. 107 Abs. 3 lit. b Var. 2 AEUV .....	49
2. Ökonomische Rechtfertigung von Bankenbeihilfen .....	50
a) Begriff des Marktversagens .....	51
b) Ursachen eines Marktversagens in der Finanzkrise und Korrekturen durch Beihilfen .....	52
aa) Ökonomische Ursachen der Finanzkrise .....	52
(1) Adverse Selektion auf dem Verbriefungsmarkt .....	53
(2) Moral Hazard seitens der Banken durch Auslagerung von Risiken .....	54
(3) Moral Hazard seitens der Rating-Agenturen .....	55

(4) Prinzipal-Agent-Konflikte zwischen Managern und Investoren . . . . .	55
bb) Korrekturen eines Marktversagens durch Beihilfen . . . . .	56
(1) Bank Run . . . . .	57
(a) Withdrawal Theory . . . . .	57
(b) Informationsbasierte Mode . . . . .	58
(c) Allgemeiner Bank Run . . . . .	59
(d) Gefahr eines allgemeinen Bank Run in der Krise . . . . .	61
(2) Systemisches Risiko . . . . .	62
cc) Voraussetzungen einer staatlichen Intervention . . . . .	64
c) More Economic Approach im Beihilferecht . . . . .	65
aa) Abwägungsprüfung . . . . .	67
bb) Kritik an der Abwägungsprüfung . . . . .	68
cc) Umfang der Wettbewerbsanalyse . . . . .	73
dd) Systematische Verortung der Wettbewerbsanalyse . . . . .	74
ee) Fazit zur Umsetzung des More Economic Approach im Beihilferecht . . . . .	79
3. Entstehung, Inhalt und Zielsetzung des neuen Rechtsrahmens . . . . .	79
4. Rechtswirkungen und Rechtsnatur von Mitteilungen und Leitlinien . . . . .	84
5. Anwendungsbereich des neuen Rechtsrahmens . . . . .	87
a) Beschränkung der Anwendbarkeit auf den Finanzsektor . . . . .	87
b) Erfordernis der Systemrelevanz . . . . .	87
6. Neuerungen gegenüber den R&U-Leitlinien . . . . .	91
7. Allgemeine Voraussetzungen für staatliche Unterstützungsmaßnahmen . . . . .	94
a) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz . . . . .	95
aa) Wiederherstellung der langfristigen Rentabilität . . . . .	95
bb) Eigenbeitrag des Privatsektors beziehungsweise des Begünstigten . . . . .	96
cc) Ausgleichsmaßnahmen zur Vermeidung unverhältnismäßiger Wettbewerbsverzerrungen . . . . .	97
b) Zeitliche Begrenzung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen . . . . .	98
c) Unterscheidung zwischen grundsätzlich gesunden Finanzinstituten und Finanzinstituten mit endogenen Problemen . . . . .	100
8. Exit der Kommission aus dem gelockerten Beihilferahmen . . . . .	104
V. Bewertung der neuen Genehmigungsmaßstäbe . . . . .	110
<b>D. Neuer Rechtsrahmen in der Anwendungspraxis . . . . .</b>	<b>113</b>
I. Bankenbeihilfen am Beispiel der Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin . . . . .	116
1. Beihilfeeigenschaft staatlicher Unterstützungsmaßnahmen . . . . .	117
2. Garantie . . . . .	119
a) Unterstützung verschiedener Institute . . . . .	119
aa) Commerzbank . . . . .	119

bb) Hypo Real Estate .....	120
cc) WestLB .....	121
b) Vorliegen einer Beihilfe .....	121
3. Rekapitalisierung .....	123
a) Unterstützung verschiedener Institute .....	123
aa) Commerzbank .....	123
bb) Hypo Real Estate .....	124
cc) WestLB .....	125
b) Vorliegen einer Beihilfe .....	125
aa) Aktienbeteiligung .....	125
bb) Stille Beteiligung .....	127
4. Abwicklungsanstalt .....	127
a) Modelle .....	127
aa) AidA-Modell .....	129
bb) Zweckgesellschaftsmodell .....	131
b) Anwendung der Modelle auf verschiedene Institute .....	132
aa) Hypo Real Estate .....	132
bb) WestLB .....	133
c) Vorliegen einer Beihilfe .....	134
aa) Zweckgesellschaftsmodell .....	134
bb) AidA-Modell .....	135
d) Voraussetzungen nach der Risikoaktivamitteilung .....	136
e) Erfüllung der Voraussetzungen durch die WestLB und Quantifizierung des Beihilfeelements .....	139
f) Zwischenergebnis .....	144
II. Rechtfertigung der Bankenbeihilfen .....	144
1. Erscheinungsformen der Maßnahmen .....	146
a) Strukturelle Maßnahmen .....	146
b) Verhaltensmaßregeln .....	147
2. Rechtsgrundlage für das Handeln der Kommission .....	147
3. Kompensationsmaßnahmen als Auflagen und Bedingungen .....	148
a) Bedeutung und Wirkung von Auflagen und Bedingungen .....	149
b) Zulässigkeit von Nebenbestimmungen im vorläufigen Prüfverfahren .....	150
aa) Ablauf des Prüfverfahrens bei der Kommission .....	150
(1) Vorläufiges Prüfverfahren .....	150
(2) Förmliches Prüfverfahren .....	151
bb) Begrenzung der Ermächtigung auf das förmliche Prüfverfahren .....	152
c) Rechtsschutz gegen mit Nebenbestimmungen oder Zusagen verbundene Entscheidungen .....	154
aa) Klagen gegen Positiventscheidungen am Ende des förmlichen Verfahrens .....	154

(1) Antragsgegenstand . . . . .	154
(2) Klagen der Mitgliedstaaten und der Beihilfeempfänger . . . . .	156
(3) Konkurrentenklagen . . . . .	156
(4) Prüfungsmaßstab der Gerichte . . . . .	158
bb) Klagen gegen Positiventscheidungen am Ende des vorläufigen Prüfverfahrens . . . . .	159
4. Grenzen zulässiger Maßnahmen . . . . .	160
a) Strukturelle Maßnahmen . . . . .	160
b) Verhaltensmaßregeln . . . . .	165
<b>E. Zusammenfassung in Thesen . . . . .</b>	<b>169</b>
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>173</b>
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>187</b>

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AER	American Economic Review
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
AidA	Anstalt in der Anstalt
AIG	American International Group
Art.	Artikel
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Bank of Canada Rev.	Bank of Canada Review
BAnz	Bundesanzeiger
BayernLB	Bayerische Landesbank
Bd.	Band
best.	bestätigt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIS	Bank for International Settlements
BJEcon	Bell Journal of Economics and Management Science
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BRZ	Zeitschrift für Beihilfenrecht
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BUPA	British United Provident Association
CDS	Credit Default Swap
CLR	Competition Law Review
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities
CMLR	Common Market Law Review
CRA	Community Reinvestment Act
DB	Der Betrieb
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVB-T	digitales terrestrisches Fernsehen
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EAA	Erste Abwicklungsanstalt

ECJ	European Competition Journal
ECLF	European Competition Lawyers Forum
ECLR	European Competition Law Review
ECOFIN	Rat für Wirtschaft und Finanzen
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft(en); Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Nizza-Fassung)
EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft i. d. F. des Vertrages von Nizza
EG-V	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft i. d. F. des Vertrages von Maastricht
EstAL	European State Aid Law Quarterly
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
f., ff.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fed. Reserve Bank Minneapolis Quart. Rev.	Federal Reserve Bank of Minneapolis Quarterly Review
FIW	Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e. V.
FKVO	Fusionskontrollverordnung
FMSA	Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung
FMSStFG	Gesetz zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds
FMSStFV	Verordnung zur Durchführung des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes

FMStG	Finanzmarktstabilisierungsgesetz
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FSB	Financial Stability Board
FuEuI	Forschung, Entwicklung und Innovation
GA	Generalanwalt
GD Wettbewerb	Generaldirektion Wettbewerb
GG	Grundgesetz
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GV. NRW.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVO	Gruppenfreistellungsverordnung
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HGB	Handelsgesetzbuch
h. L.	herrschende Lehre
HRE	Hypo Real Estate Holding AG
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
ifo	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
IKB	IKB Deutsche Industriebank
IR	Infrastruktur Recht
i. V. m.	in Verbindung mit
JARAF	The Journal of Applied Research in Accounting and Finance
JBf	Journal of Banking and Finance
JECLP	Journal of Competition Law and Practice
JEEA	Journal of the European Economic Association
JES	Journal of Economic Surveys
JFE	Journal of Financial Economics
JL&Econ	Journal of Law and Economics
JME	Journal of Monetary Economics
JNPÖ	Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie
JoF	Journal of Finance
JPE	Journal of Political Economy
JZ	JuristenZeitung
KMU	kleine und mittlere Unternehmen



KOM	Kommission
KredReorgG	Gesetz zur Reorganisation von Kreditinstituten
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LBBW	Landesbank Baden-Württemberg
lit.	litera
m. Fn.	mit Fußnote
MPIfG	Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB-EV	NWB Erben und Vermögen
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
pbb	pbb Deutsche Pfandbriefbank
QJE	The Quarterly Journal of Economics
R&U-Leitlinien	Leitlinien zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer(n)
Rs.	Rechtssache
RStruktFG	Gesetz zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute
S.	Seite
SA	Société Anonyme
Sachsen LB	Landesbank Sachsen
Slg.	Sammlung
SoFFin	Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung
sog.	sogenannte(r)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
u. a.	und andere; unter anderem
UA	Unterabsatz
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkung
VVO	Verfahrensverordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WestImmo	Westdeutsche ImmobilienBank

WISU	Das Wirtschaftsstudium
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung (Beilage zu Gewerbearchiv)
WM	Wertpapiermitteilungen
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZWer	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZWS	Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft



## A. Einleitung

Kaum ein Ereignis hat in jüngerer Zeit mehr Aufsehen erregt als die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die ihren Ursprung in den USA findet und deren Auswirkungen noch bis heute andauern. Bereits Mitte 2007 zeigten sich ihre ersten Anzeichen in Europa, als die IKB, die Sachsen LB, die WestLB, das englische Finanzinstitut Northern Rock und die dänische Roskilde Bank auf staatliche Hilfen angewiesen waren. Schließlich markierte die Insolvenz der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 den Übergang von der Betroffenheit einzelner Banken mit risikoträchtigem Geschäftsmodell zu einer globalen Finanzkrise, die auch zahlreiche Institute ohne endogene Probleme erfasste. In der Folge sah sich eine Vielzahl europäischer Staaten veranlasst, ihren Banken Unterstützungsmaßnahmen in zuvor unvorstellbarem Ausmaß zu gewähren, um die entstandene allgemeine Vertrauenskrise zu bekämpfen.

Infolge der Gewährung von Bankenbeihilfen in immenser Höhe und der Konjunkturprogramme nahm die staatliche Verschuldung zu, so dass ein „Teufelskreis aus Staatsschulden- und Bankenkrise“ die wirtschaftliche Entwicklung beherrschte.<sup>1</sup> Die Wiederherstellung stabiler ökonomischer Verhältnisse ist auch gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Es überrascht daher nicht, dass die juristische Aufarbeitung der Finanzkrise und der in ihrem Zuge gewährten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen noch am Anfang steht. Einen Beitrag hierzu soll die vorliegende Arbeit leisten.

Bei den staatlichen Maßnahmen handelt es sich in der Regel um Beihilfen im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV, die bei der Kommission zu notifizieren sind. Die Kommission wurde durch die Finanzkrise vor große Herausforderungen gestellt, da sie innerhalb kürzester Zeit über eine Vielzahl von Fällen entscheiden musste. Auf der einen Seite musste sie eine schnelle und effektive Unterstützung systemrelevanter Institute ermöglichen, auf der anderen Seite aber auch gewährleisten, dass kein für den Gemeinsamen Markt schädlicher Subventionswettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten entstand. Im Zeitraum vom 1. Oktober 2008 bis zum 1. Oktober 2011 genehmigte die Kommission Beihilfen in Höhe von 4.506,5 Mrd. Euro. Dies

---

<sup>1</sup> *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Jahresgutachten 2011/12, Verantwortung für Europa wahrnehmen, Rn. 58, 232, abrufbar unter <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/aktuellesjahrgutachten.html>.

entspricht 36,7% des EU-BIP.<sup>2</sup> Während die Unterstützungsmaßnahmen im Jahr 2008 hauptsächlich in Gestalt von Garantien für Bankanleihen und kurzfristige Verbindlichkeiten ergingen, wurden später zunehmend Rekapitalisierungen durchgeführt und Entlastungsmaßnahmen für wertgeminderte Vermögenswerte getroffen.<sup>3</sup> Die Vereinbarkeit dieser staatlichen Hilfen mit dem Gemeinsamen Markt prüft die Kommission anhand von Beurteilungskriterien, die sie den Anforderungen der Krise angepasst hat. Diese modifizierten Regelungen sollten ursprünglich nur bis zum 31. Dezember 2010 Anwendung finden. Allerdings verschärfte sich die angespannte Lage auf den Märkten für Staatsanleihen, so dass die Geltungsdauer zunächst bis zum 31. Dezember 2011 und anschließend erneut auf unbestimmte Zeit verlängert wurde.

Spätestens mit den enormen Unterstützungsmaßnahmen für die Hypo Real Estate wurde deutlich, dass die Finanzkrise und ihre Folgen auch auf Deutschland übergriffen. Die deutsche Bundesregierung reagierte schnell und legte am 13. Oktober 2008 das Finanzmarktstabilisierungsgesetz<sup>4</sup> vor, das bereits am 17. Oktober 2008 im Bundesgesetzblatt verkündet wurde. In diesem wurde die Errichtung eines Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung vorgesehen, der verschiedene Unterstützungsmaßnahmen für Banken treffen konnte. Die Inanspruchnahme dieses Instrumentariums war ursprünglich bis zum 31. Dezember 2010 begrenzt worden. Angesichts der angestiegenen Staatsverschuldung einiger EU-Mitgliedstaaten, den daraus resultierenden Vertrauensverlusten der Finanzmarktakteure untereinander und drohender Dominoeffekte ist der SoFFin jedoch zunächst durch das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz bis zum 31. Dezember 2012 und anschließend durch das Dritte Finanzmarktstabilisierungsgesetz bis zum 31. Dezember 2014 wieder für neue Anträge geöffnet worden.

Ziel dieser Arbeit ist es, die Kommissionspraxis in der Finanzkrise darzustellen und zu bewerten. Nach einer kurzen Einführung ins Beihilferecht (B.) wird die Entwicklung der Bewertungsmaßstäbe für Bankenbeihilfen untersucht (C.). Dabei wird insbesondere aufgezeigt, aus welchen Gründen sich die ursprünglich herangezogenen Leitlinien zur Rettung und Umstruk-

---

<sup>2</sup> KOM vom 01.12.2011, KOM (2011) 848 endgültig, Bericht der Kommission, Anzeiger für staatliche Beihilfen, Bericht über staatliche Beihilfen der EU-Mitgliedstaaten, Herbstausgabe 2011, S. 9, abrufbar unter [http://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/studies\\_reports/2011\\_autumn\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/competition/state_aid/studies_reports/2011_autumn_de.pdf).

<sup>3</sup> KOM vom 01.12.2011, KOM (2011) 848 endgültig, Bericht der Kommission, Anzeiger für staatliche Beihilfen, Bericht über staatliche Beihilfen der EU-Mitgliedstaaten, Herbstausgabe 2011, S. 9f., abrufbar unter [http://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/studies\\_reports/2011\\_autumn\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/competition/state_aid/studies_reports/2011_autumn_de.pdf).

<sup>4</sup> Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpaketes zur Stabilisierung des Finanzmarktes vom 17.10.2008, BGBl. I, S. 1982.

turierung von Unternehmen in Schwierigkeiten in Zeiten der Krise als ungeeignet darstellten. Anschließend folgen Ausführungen zu den von der Kommission anlässlich der Krise veröffentlichten Mitteilungen, die den neuen Rechtsrahmen bilden. Sodann schließt dieser Abschnitt mit einer Bewertung der Genehmigungsmaßstäbe. Der nachfolgende Teil (D.) befasst sich mit dem neuen Rechtsrahmen in der Anwendungspraxis. Diesbezüglich wird in einem ersten Schritt, anhand der Praxisbeispiele der Commerzbank, der Hypo Real Estate und der WestLB, der Beihilfecharakter von Garantien, Rekapitalisierungen und Abwicklungsanstalten hergeleitet. Anschließend wird in einem zweiten Schritt die Rechtfertigung der Bankenbeihilfen untersucht.